

**Protokoll
der 23. öffentlichen Sitzung**

**des Haupt- und Finanzausschusses
am Donnerstag, dem 20. Februar 2014,
Wasserburg, Nieder-Rosbach**

Beginn der Sitzung: 20:00 Uhr
Ende der Sitzung: 22:45 Uhr

Anwesende:	
Haupt- und Finanzausschuss	Magistrat
<i>Dachs, Karl-Heinz für Stengel, Christian</i>	Bürgermeister Thomas Alber
<i>von Griesheim, Alexander für Egerter Jörg</i>	Erster Stadtrat Heinz Sill
<i>Hafner, Annegret für Wendt, Thomas</i>	Stadtrat Haci Kayacik
Lamping, Christian	Stadtrat Klaus Wenzel
Launhardt, Cornelia	
Rathjens, Dr. Hans-Peter <i>Ausschussvorsitzender</i>	
Scholz, Peter	
Stadtverordnetenversammlung	von der Stadtverwaltung
Quägber-Zehe, Betina	Christ, Manfred
Welker, Helge	
	Schriftführerin
	Egerer, Sigrid
	Zuhörer
	8

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Rathjens, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Es wird festgestellt, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Das Protokoll der 22. Sitzung wird wie folgt geändert:

TOP 2 Beratung des Haushaltes 2014

Nach Absatz 6

„Es schließt sich abermals eine kontroverse Diskussion über die Steuerhebesätze“

wird eingefügt

Herr Scholz stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung der Debatte. Über diesen Antrag wird nicht abgestimmt.

Das Protokoll der 22. Sitzung wird mit dieser Änderung beschlossen.

Zur Tagesordnung wird angemerkt, dass aus der vergangenen Sitzung noch eine Reihe von nicht behandelten TOPs zur Beratung anstünden, die auf der heutigen Tagesordnung nicht aufgeführt seien. Herr Dr. Rathjens erläutert, dass die heutige Tagesordnung bewusst auf das Thema Haushalt 2014 reduziert worden sei, um eine eingehende Beratung zu ermöglichen. Die noch offenen Punkte würden zur nächsten Sitzung terminiert.

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
2. Beratung des Haushaltes 2014 einschließlich Investitionsprogramm 2013-2017 und 4. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes
- 3 Verschiedenes
- .

TOP 1 Mitteilungen

Bürgermeister Alber berichtet kurz zum Sachstand „Windenergiepark Winterstein“, dass der Magistrat beim Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main die Wiederaufnahme der Rosbacher Flächen im Stadtwald zu den Vorrangflächen für Windenergienutzung beantragen werde. Ein ausführlicher schriftlicher Sachstandsbericht liege vor und werde im Anschluss an die Sitzung ausgeteilt.

TOP 2

Beratung des Haushaltes 2014 einschließlich Investitionsprogramm 2013-2017 und 4. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes

Herr Dr. Rathjens führt kurz aus, dass er sich aus der heutigen Beratung eine einvernehmliche Beschlussempfehlung für die Stadtverordnetenversammlung erhoffe.

Herr Scholz erklärt, dass er zum Haushaltsentwurf eine Reihe von Änderungsvorschlägen und Fragen habe.

Zur Haushaltsposition 01.111.10.686100 „Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing“ fragt Herr Scholz an, auf welcher Planungsgrundlage der Haushaltsansatz in Höhe von 50.000 € beruhe. Da in der Vergangenheit unter dieser Position nur deutlich geringere Beträge verbucht worden seien, schlägt er vor, diese Mittel auf 10.000 € zu kürzen oder mit einem Sperrvermerk zu versehen. Weiter merkt Herr Scholz an, dass diese Aufwendungen dem falschen Produktbereich zugeordnet seien. Seines Erachtens müsse ein Ausweis unter dem Produktbereich 09 „Räumliche Planung“ oder 15 „Wirtschaft und Tourismus“ erfolgen.

Bürgermeister Alber erklärt, dass bereits in den beiden vorangegangenen Haushaltsplänen Aufwendungen unter dem Titel „Wirtschaftsförderung“ im Produktbereich 01 „Innere Verwaltung“ ausgewiesen seien. Dieser Bereich sei gewählt worden, weil die Wirtschaftsförderung direkt dem Magistrat unterstellt sei. In der Vergangenheit sei die Wirtschaftsförderung überwiegend mit „Bordmitteln“ erfolgt. Bürgermeister Alber zitiert kurz einige Positionen aus der Zusammenstellung der geplanten Maßnahmen im Bereich Stadtmarketing / Wirtschaftsförderung.

Es schließt sich eine kontroverse Diskussion darüber an, ob das kurze Vorlesen der einzelnen vorgesehenen Maßnahmen mit den zu erwartenden Beträgen genüge oder ob eine Auflistung dem Protokoll angefügt werden solle. Es wird sich darauf verständigt, eine entsprechende Auflistung dem Protokoll der heutigen Sitzung beizufügen.

Es wird sich darauf verständigt, die veranschlagten Mittel in einem neu zu schaffenden Teilhaushalt 15.571.10. „Wirtschaftsförderung“ auszuweisen.

Herr Scholz erklärt, bei den bereitgestellten Mitteln für „Mission Olympic“ handele es sich um freiwillige Leistungen, die sich eine Kommune mit einem defizitären Haushalt nicht leisten dürfe.

Bürgermeister Alber erläutert, dass man bei der Aufstellung des Haushaltes auf der Ertragsseite die vom Veranstalter zugesicherten 20.000 € ausgewiesen habe, bei den Aufwendungen seien 50.000 € für die Durchführung veranschlagt worden, hiervon seien bereits 30.000 € in Form von geldwerten Leistungen zugesichert.

Es besteht Einvernehmen, die Haushaltsposition 08.421.10.699300 um 30.000 € zu reduzieren.

Herr Scholz schlägt vor, im Haushaltsplan für die Jahre 2014 und 2015 Mittel in Höhe von jeweils 50.000 € für die Planung des Windparks „Winterstein“ vorzusehen. Die Stadtwerke Friedberg hätten bereits 200.000 € bereitgestellt, die Stadt Rosbach sollte dies auch tun.

Bürgermeister Alber erklärt, dass aus seiner Sicht zunächst bis zum rechtskräftigen Beschluss des Planungsverbandes abgewartet werden solle; bei Bedarf könnten erforderliche Mittel noch als „außerplanmäßig“ nach §100 HGO bereitgestellt werden.

Herr Scholz entgegnet, dass es sinnvoller sei zügig zu entscheiden, um noch ein Planungs- bzw. Genehmigungsverfahren nach BImSchG durchführen zu können; es gelte der Stadt eine Einnahmequelle für die Zukunft zu schaffen.

Herr Lamping und Herr Sill vertreten ebenfalls – wie der Bürgermeister – die Ansicht, bis zu einer verlässlichen Planungssicherheit durch den Beschluss des Planungsverbandes abzuwarten.

Die kontrovers geführte Diskussion lässt keinen Konsens erwarten, Herr Scholz behält sich vor, einen entsprechenden Antrag zur Stadtverordnetenversammlung zu stellen.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsberatung werden die freiwilligen Leistungen der Stadt eingehend diskutiert. Schwerpunkt bilden hierbei die Vereinszuschüsse. Herr Scholz führt an, dass die Förderung von leistungsstarken Vereinen vorübergehend zurückgefahren werden könne. Herr Welker sieht eine Ungleichbehandlung von sporttreibenden Vereinen und anderen Vereinen, hier gelte es mehr darauf zu achten, dass nicht nur Sportvereine gefördert werden. Frau Launhardt, Frau Hafner und Herr von Griesheim sprechen sich dafür aus, dass das Ehrenamt doch ausdrücklich gefördert werden solle und die Vereine in ihrem Engagement auf die städtische Förderung angewiesen seien, ein Zurückfahren der Zuschüsse sei das falsche Signal.

Frau Launhardt betont, dass sie – bevor sie der Kürzung der Vereinsförderung zustimme – eine Kürzung der Aufwandsentschädigung der Mandatsträger um 50% fordere.

Im Verlauf der lebhaften Aussprache erwähnt Herr Lamping die Möglichkeit, die Aufwandsentschädigung für die Stellvertreter der Stadtverordnetenvorsteherin zu reduzieren.

Herr Scholz kritisiert, dass bereits mehrfach eine Überarbeitung der Richtlinien zur Förderung der Vereine angekündigt worden sei. An der Umsetzung fehle es allerdings noch. Auch eine Überarbeitung des Konzeptes für den Blütenball sei seines Erachtens noch nicht erfolgt.

Nach Abschluss der Redebeiträge zum Thema „Freiwillige Leistungen der Stadt“ fordert der Ausschussvorsitzende auf, nochmals über die in der letzten Ausschusssitzung empfohlene Streichung der Verpflichtungsermächtigung für den Mensabau an der Kapersburgschule zu beraten. Von Seiten der Elternschaft der Kapersburgschüler werde befürchtet, dass aufgrund dieser Entscheidung der Bau der Mensa nicht realisiert werde.

Herr Christ stellt die Folgekosten durch den Bau der Mensa für den Ergebnishaushalt der Stadt dar. Er gibt zu bedenken, dass neben den jährlich zu erwartenden Folgekosten von rund 20.000,- € für kalkulatorische Zinsen und Abschreibungen auch die Einsparungen der Stadt zu betrachten seien. Durch einen zeitnahen Bau der Mensa könnten die beiden Hortgruppen in der Kita Taunusblick aufgelöst und in die Betreuungsschule überführt werden. Hierdurch ergäben sich jährliche Einsparungen von rund 200.000,- €.

Im Verlauf der sich anschließenden kontrovers geführten Diskussion wird darauf hingewiesen, dass die Stadt bereits 50% der Baukosten der Mensa an der Erich Kästner-Schule getragen habe. Der erwartete Ausbau des Ganztagsschulangebotes und die damit verbundene Kosteneinsparung durch Reduzierung der städtischen Grundschulbetreuung seien bisher nicht erfolgt. Ein im Publikum anwesender Elternvertreter weist darauf hin, dass sich die Situation an der Kapersburgschule deutlich von der an der EKS unterscheide. In Rosbach werde bereits jetzt durch die intensive Zusammenarbeit zwischen Schulleitung, Stadtverwaltung und Elternschaft an drei Tagen in der Woche eine Ganztagsbetreuung angeboten. Für den reibungslosen Ablauf der Essensversorgung sei allerdings der zeitnahe Bau der Mensa erforderlich.

Im Ausschuss besteht Einvernehmen, dass die Stadt eine Kostenbeteiligung am Bau der Mensa vom Ausbau der Kapersburgschule zur Ganztagschule abhängig machen solle. Herr Sill und Herr Lamping schlagen vor, für die im Investitionsprogramm für das Jahr 2015 vorgesehenen Mittel doch wieder eine Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Jahres 2014 vorzusehen, diese Mittel allerdings mit einem Sperrvermerk zu versehen, bis das Land Hessen eine Zusage über die Schaffung einer Ganztagschule an der Kapersburgschule erteilt habe.

Herr Scholz macht darauf aufmerksam, dass die Kommunalaufsicht des Wetteraukreises bereits mit der Genehmigung zum 1. Nachtrag 2013 darauf hingewiesen habe, dass erwartet werde, dass die ausstehenden Jahresabschlüsse zügig und mit klarem Zeitplan versehen nachgeholt werden. Auch werde eine weitere deutliche Verzögerung künftige Genehmigungen infrage stellen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass dieser Passus in nahezu jeder Haushaltsgenehmigung der Kreiskommunen zu finden sei. Im Übrigen sei der städtische Jahresabschluss 2009 geprüft, mit dem Abschlussbericht der Aufsichtsbehörde werde im März gerechnet. Vorgesehen sei, im laufenden Jahr die Abschlüsse 2010 und 2011 zu erstellen und zumindest den Abschluss 2010 der Aufsichtsbehörde zur Prüfung vorzulegen.

Nach Abschluss der Redebeiträge lässt Herr Dr. Rathjens über eine Beschlussempfehlung zur Stadtverordnetenversammlung wie folgt abstimmen:

Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses für den Haushalt 2014 einschließlich Investitionsprogramm 2013-2017 und 4. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zum Haushaltsentwurf 2014 einschließlich Investitionsprogramm 2013-2017 und der 4. Fortschreibung des Haushaltssicherungsprogramms unter folgender Maßgabe:

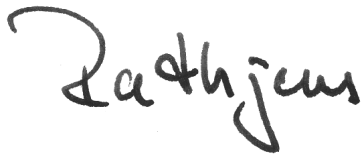
1. *Die Gebühren für die Kinderbetreuung werden – ohne im Vorfeld ein bestimmtes Gebührenmodell zu favorisieren – so angepasst, dass sich ein jährliches Konsolidierungsvolumen von 170.000 € ergibt. Die Anpassung erfolgt mit Wirkung August 2014. (Das veranschlagte Einsparvolumen im Bereich der Grundschulbetreuung wird beibehalten.)*
2. *Die vorgesehene Organisationsuntersuchung der Verwaltung durch eine externe Unternehmung Haushaltsposition 01.111.20.677300 entfällt.*
3. *Es werden keine Haushaltsmittel für ein Sportentwicklungskonzept zur Verfügung gestellt. Die entsprechende Haushaltsposition 09.511.10.67700 „Beratungsleistungen“ ist um 35.000 € auf nunmehr 150.000 € zu kürzen.*
4. *Die Verpflichtungsermächtigung für den Bau einer Mensa an der Kapersburgschule wird bis zu dem Zeitpunkt gesperrt, an dem definitiv die Zusage des Landes für die Einführung einer Ganztagschule erfolgt.*
5. *Die im Investitionsprogramm für das Jahr 2014 vorgesehenen Mittel im Bereich „Sportstätten“, Maßnahme 24 „Verlagerung Volleyballfeld und Fertigstellung der Gesamtanlage“ werden wie folgt veranschlagt:*

2014	50.000 €	für den Abtransport der Erde
2015	200.000 €	Fertigstellung der Gesamtanlage
6. *Die unter der Haushaltsposition 08.421.10.669300 „Mission Olympic“ veranschlagten Mittel werden um 30.000 € reduziert, da die veranschlagten Mittel bereits durch geldwerte Leistungen gedeckt sind.*

7. Die Zuordnung der unter der Haushaltsposition 01.111.10.686100 „Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing“ veranschlagten Mittel erfolgt unter dem neu zu schaffenden Teilhaushalt 15.571.10. „Wirtschaftsförderung“.

**Abstimmungsergebnis: 6 ja
1 Enthaltung**

Herr Dr. Rathjens schließt die Sitzung um 22:45 Uhr.



Dr. Hans-Peter Rathjens
Ausschussvorsitzender



Sigrid Egerer
Schriftführerin